

Diskussion zum Vortrag

*Verfasst von Esther Kaufmann und Birgit Hartog-Keisker
(Universität Zürich)*

Nach den Ausführungen von Lucien Criblez leitet Barbara Schneider-Taylor die Diskussion mit der Bemerkung ein, dass man bei der Beschäftigung mit dem Thema verschiedene Ebenen unterscheiden müsse. Die von Herrn Criblez geschilderten Aspekte der neuhumanistischen Bildungskonzeption, der Überbürdungsdiskussion oder des Streits der Gymnasien mit den realen Anstalten seien im Grunde europäische Probleme. Man müsse die Texte auch in ihrem Zeitgeist situieren: Neuhumanisten wie Humboldt oder auch in seinem Umkreis Goethe und Schiller waren Menschen, denen unsere Unterscheidung der zwei Kulturen noch völlig fremd gewesen sei, d.h. sie waren in den späteren so genannten Geisteswissenschaften und den Naturwissenschaften gleichermaßen beheimatet. Entsprechend würde eine solche Trennung einem Humboldt beispielsweise völlig artifiziell vorkommen. Eine Ausnahme, so Barbara Schneider-Taylor, sei der von Herrn Criblez erwähnte Friedrich August Wolf, welcher als Begründer der Altertumswissenschaft sehr in diesem Fokus gefangen gewesen sei. Es stelle sich die Frage, was da eigentlich passiere, wenn man diese hochkomplexen Konzeptionen, die in der Gesamtkultur beheimatet seien, zu institutionalisieren beginne. Es käme zu einer Stundentafel, zu Lehrplänen und dann käme es zu dieser künstlichen Trennung, die im Grunde genommen das ursprüngliche Anliegen zu überlagern beginne. Überdies glaube sie, dass man sich derzeit in den Diskussionen - auch gerade seit den 1950er und 1960er Jahren - wieder und wieder auf dieser institutionellen Ebene bewege, die im Grunde genommen Probleme thematisiere, die mit dem ursprünglichen Konzept von Bildung wenig zu tun hätten; da ginge es um Berechtigungen und Konkurrenzen von verschiedenen Schulformen und anderes.

Lucien Criblez erklärt, dass er historisch eher der Sozial- und Institutionsgeschichte mit politikhistorischem Fokus verpflichtet sei und weni-

ger der Ideengeschichte, dass er aber die Verbindungen als sehr wichtig erachte. Das Berechtigungswesen sei tatsächlich ein Kernproblem der Institutionalisierung gewesen. Die Situation im 19. Jahrhundert dürfe man nicht in heutigen Kategorien denken. Dieses Berechtigungswesen - ein Diplom A berechtigt zur Zulassung zu einer Institution B - sei in der Schweiz erst das Ergebnis der Entwicklungen des 19. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der eidgenössischen Maturitäts-Anerkennung. In Preussen sei dieser Institutionalisierungsprozess zeitlich früher anzusetzen, aber hinsichtlich der Prozesse nicht grundsätzlich anders verlaufen. Im 18. und 19. Jahrhundert sei der Zugang zur Universität zunächst nicht von einem formalen Bildungsabschluss der Sekundarstufe II abhängig gewesen. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts sei das Gymnasium konsequent mit einer Maturität abgeschlossen worden. Gegen diese Formalisierung des Abschlusses und des Übergangs zur Universität wehrten sich die Basler noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts vehement. Zwischen Gymnasium und Universität habe eine sehr enge Beziehung bestanden, so Lucien Criblez, aber nicht in dem Sinne, dass der Übergang formalrechtlich sehr stark strukturiert gewesen sei. Die Frage der Berechtigung sei wahrscheinlich eine der absolut zentralen im Institutionalisierungsprozess. Lucien Criblez vertritt die These, dass die bildungspolitischen Steuerungsmöglichkeiten durch das Berechtigungswesen am Übergang von der Sekundarstufe II zur Hochschule abgenommen haben. Die Situation sei in der Schweiz heute so, dass man mit jedem Abschluss der Sekundarstufe II jeweils auch den nächst höheren noch erwerben könne; das System sei sehr durchlässig. Die einzige systematische Lücke bestehe darin, dass man mit der Fachmaturität keinen allgemeinen Hochschulzugang erwerben könne, zumindest nicht auf formalisiertem Weg. In diesem durchlässigen System würde ein Drittel der jungen Leute eine Hochschulzulassungsberechtigung erwerben. Aber nicht alle realisierten diese Berechtigung: Es gebe insbesondere eine große Anzahl junger Frauen mit kaufmännischer Berufsmaturität, welche gar nicht - oder noch nicht - in eine Fachhochschule eintrete. Es sei noch unklar, ob diese Absolventinnen in fünf oder zehn Jahren ihre Berechtigung realisieren. Insgesamt funktionierten die alten Regelungen über die Berechtigungen offensicht-

lich nicht mehr, da das System demokratisiert worden sei. Aber die Frage sei - und das interessiere ihn sowohl als Bildungshistoriker als auch als Analytiker von Bildungspolitik: Was tritt an die Stelle? Da sei eine funktionale Leerstelle entstanden, die nicht leer bleiben werde. Der Prorektor habe in seinen Grußworten auf ein neues Phänomen hingewiesen: die Assessmentphase im ersten Studienjahr. Damit sei man nicht mehr weit entfernt von Zulassungs- und Aufnahmeprüfungen. Aber in der Schweiz existiere keine Instanz, die sich um eine „Gesamtschau“ in der Frage der Hochschulzulassung kümmere: Die einen beschäftigten sich mit der gymnasialen Maturität und mit der Fachmaturität, die anderen mit der Berufsmaturität, und die beiden Seiten würden sich medial bekämpfen und um Maturitätsquoten streiten. Es fehle eine konzeptionelle Diskussion, wie man mit dieser Berechtigungsfrage im Hinblick auf die Hochschulzulassung *insgesamt* umgehen solle. Es mangle an guten Ideen und Konzepten, etwa zur Bearbeitung des Mengenproblems, schließt Lucien Criblez seine Ausführungen.

Eine Diskussionsteilnehmerin bemerkt, dass man an den Schulen die Heterogenität der Schülerschaft und der Interessen begrüße und auch aufgreifen wolle. Natürlich ergäbe sich so eine heterogene Gruppe von Absolventen, von welchen man nicht erwarten könne, dass sie auf jedes Studium gleichermaßen gut vorbereitet seien. Und bei der Mengenfrage müsse man die Konsequenzen daraus an den Hochschulen mitziehen. Der Aspekt der Assessments an Universitäten sei überdies nicht neu. Das Ganze sei nicht nur ein quantitatives Problem, sondern man habe auch sehr viele Studiengänge mit durchaus unterschiedlichen Studienkulturen und Zielvorstellungen, und wie könne man dann erwarten, dass man diese Entscheidungsfrage völlig vorverlagern könne? Müsse man nicht positiv dazu eingestellt sein, dass es natürlich eine Phase gebe, in welcher man sich orientiere, ob ein Studium wirklich geeignet sei? Was den Steuerungsaspekt betreffe, so bestehe im Kontext der hohen Studienabbruchsquoten das Problem, dass Studiengänge angestrebt würden, die weder volkswirtschaftlich in dem Umfang gebraucht noch bildungspolitisch in dem Umfang zur Verfügung gestellt werden sollten, d.h. hier gebe es sozusagen neben einer quantitativen Anzahl von Maturanden

oder Abiturienten auch die Frage, wofür interessieren sich die jungen Menschen überhaupt? Wäre es nicht sinnvoller zu sagen, man wolle möglichst vielen jungen Menschen auf viele unterschiedliche Arten hohe Bildung zukommen lassen? Man strebe auch an, sie den nächsten Schritt gehen zu lassen, aber da müsse man auch zusätzliche Orientierungshilfen bieten, wenn die Studienmöglichkeiten zunähmen. Man müsse das Interesse aufbauen und dann entsprechend zusätzlich fördern. Es gebe junge Männer, die Mathematik und Physik studiert hätten und dann sagten, sie würden nun aber irgendwas Sozialwissenschaftliches studieren wollen. Und auch umgekehrt begrüße sie das sehr, wenn junge Frauen sagten, sie hätten Englisch und Pädagogik gemacht und wollten jetzt aber Ingenieurwissenschaften studieren.

Lucien Criblez schlägt vor, eine Diskussion über die Matura oder das Abitur als notwendige und hinreichende Voraussetzung für ein Studium zu führen. Die Matura könnte in Zukunft immer weniger hinreichende Voraussetzung zum Studium sein; das sei bereits heute eine Teilrealität.

Dorit Bosse erwähnt zu dieser Thematik, dass es an den Universitäten in Deutschland und in der Schweiz Assessments in den verschiedenen Bereichen gebe oder schon immer gegeben habe, z.B. im Sport und den musischen Fächern. In Deutschland werde seit ungefähr acht oder zehn Jahren eine große Diskussion darüber geführt, ob Assessments oder Eignungsabklärungen speziell für die Lehrämter einzuführen seien. Zum Teil seien diese an einigen Universitäten schon selektiv oder auch selbstselektiv eingeführt und es gebe an einigen Universitäten Brückenkurse in Mathematik speziell für Studierende, die sich vielleicht für ein Physikstudium interessierten oder aber schon begonnen hätten. Es gebe an ihrer Universität eine so genannte Heterogenitäts-AG oder Heterogenitäts-Initiative. Heterogenität gebe es somit nicht nur an den Schulen, sondern viele Deutsche und möglicherweise auch Schweizer Universitäten versuchten, Studierende mit Migrationshintergrund speziell zu fördern, insbesondere die männlichen Studierenden mit Migrationshintergrund.

Franz Eberle ergänzt dazu, dass Brückenkurse oder Ausgleichskurse auch als Ergebnis von EVAMAR II empfohlen wurden. Man habe diese Idee allerdings nicht in die politische Diskussion aufgenommen.

Lucien Criblez sieht darin eine Maßnahme, über die man ernsthaft nachdenken müsse. Man führe zum Beispiel an der Universität Zürich seit Jahrzehnten das so genannte Kleine Latinum für die Studienfächer, die Latein als obligatorisch voraussetzten. Die Universität Zürich betreibe mit dieser „Nachqualifizierung“ einen finanziell nicht ganz unerheblichen Aufwand. Grundsätzlich sollte darüber nachgedacht werden, ob Maßnahmen der Nachqualifizierung an der Universität zur Ausgleicheung von Heterogenität notwendig und sinnvoll seien – oder ob nicht die Heterogenität auf der Ebene der Zulassungsausweise vermindert werden könnte und sollte.

Ein Bildungspolitiker und Gymnasiallehrer im Kanton Zürich greift zwei Stichworte auf, welche von Lucien Criblez erwähnt worden sind: Das Mengenproblem und das Steuerungsproblem. Es stelle sich die Frage, wer ein Mengenproblem habe und wo dieses Mengenproblem angesiedelt sei. Er nehme dies sehr unterschiedlich wahr. Die Wirtschaft und die Gesellschaft hätten kein Mengenproblem. Es seien die Universitäten, die Hochschulen, die allenfalls ein Mengenproblem hätten. Dazu würde er gerne eine Spezifizierung von Herrn Criblez hören. Was das Steuerungsproblem betreffe, da wolle er entschieden eine gegenteilige Position vertreten. Man habe in diesem Kanton - für andere Kantone könne er nicht sprechen - kein Steuerungsproblem. Man steuere über die Infrastruktur, die Politik steuere nicht über Quoten, aber über die Infrastruktur und die Finanzmittel, die zur Verfügung gestellt würden. Neben dieser Infrastruktur delegierten die Politik und die Verwaltung die Selektionsaufgabe an die einzelnen Schulen. Die Schulen und die Gymnasien selektionierten ausgesprochen stark, in mehreren Schritten und permanent, bis zur Matura. Und wenn man die Infrastruktur nicht ausbaue, dann werde auch das Mengenproblem nicht größer werden.

Lucien Criblez weist darauf hin, dass Philipp Sarasin in seinem an der Konferenz vorgesehenen Vortrag wohl eine andere Sicht vertreten werde. Die Steuerung des Mengenproblems erfolge zwar nach wie vor über die Selektion und die erteilten Hochschulzulassungsberechtigungen durch die Gymnasien. Aber aufgrund der Durchlässigkeit, die grundsätzlich zu begrüßen sei, würden diese traditionellen Steuerungsmöglichkei-

ten auch ausgehebelt. Man stelle sich nur vor, wie sich die jungen Berufsmaturandinnen und -maturanden, die ihre Hochschulzulassung bislang nicht realisiert hätten, in der nächsten Wirtschaftskrise, die hoffentlich noch in weiter Ferne liege, verhielten. Mit einem kleinen Zusatzaufwand (Passerelle Dubs) könnten sie sich eine allgemeine Hochschulzulassung erwerben. Dies zeige, so die Hypothese von Lucien Criblez, dass die alten Steuerungsinstrumente ihre Steuerungsfähigkeit zumindest teilweise eingebüßt hätten. Die Infrastruktur der Gymnasien sei zwar mengenbegrenzend, so Lucien Criblez, aber der Hochschulzugang sei heute über andere Wege möglich. Wie die Westschweizer Beispiele einer Hochschulzulassung „sans matu“ sehr gut zeigten, gebe es in der Schweiz nicht nur eine Politik der Mengenbegrenzung, sondern gleichzeitig eine Politik der Mengenausweitung. Durch die Verstärkung der Durchlässigkeit im Bildungssystem und die freie Studienortwahl könne man die Entwicklungen nur mit den traditionellen Instrumenten nicht mehr steuern. Die Folgen zeigten sich in hohen Betreuungsverhältnissen, über die man seit 20 Jahren diskutiere, die sich aber nur sehr bedingt verbessert hätten – dies obwohl der Kanton Zürich in den letzten Jahren immer wieder zusätzliche Mittel von nicht geringem Umfang in die Universität investiert habe. Das Mengenproblem sei real und die traditionellen Steuerungsinstrumente seien nur noch teilweise funktional. Man müsse sich damit beschäftigen, wie man sinnvoll damit umgehen könne, ohne den Studierenden und den potenziellen Studierenden etwas zu versprechen, das dann nicht eingehalten werden könne.

Abitur und Matura zwischen Hochschulvorbereitung und
Berufsorientierung

Eberle, F.; Schneider-Taylor, B.; Bosse, D. (Hrsg.)

2014, XIV, 268 S. 22 Abb., 6 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-06089-3